



## 26 gemeinsame Vorhaben

Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen: Linke, Grüne, SPD und Piraten legen Programm für weitere Zusammenarbeit im Stadtrat vor

von André Schollbach

Im August 2014 verständigten sich die Fraktionen von LINKEN, Grünen, SPD sowie die beiden Stadträte der Piraten auf eine vertiefte Zusammenarbeit im Dresdner Stadtrat. Dazu schlossen sie eine Kooperationsvereinbarung ab, die sowohl Ziele für die gesamte Wahlperiode von 2014 bis 2019 als auch konkrete Vorhaben für das erste Jahr beinhaltete. Nachdem diese auf den Weg gebracht oder bereits erfolgreich umgesetzt worden waren, galt es nun, die nächste Etappe für die Arbeit der Kooperation einzuleiten. Dazu nahmen die Kooperationspartner im vergangenen Herbst die Verhandlungen auf. Zunächst diskutierten die Fachpolitiker in vier Arbeitsgruppen und erarbeiteten über mehrere Wochen hinweg eine Verhandlungsgrundlage für die „Elefantenrunde“, in der die Vorsitzenden der Fraktionen und Stadtverbände miteinander um das gemeinsame Programm rangen.

Diese Runde tagte nicht selten bis spät in die Nacht hinein, weil gleichzeitig auch immer wieder aktuelle Probleme der „Tagespolitik“ zu lösen waren. Im April war es schließlich soweit: In den Verhandlungen konnte Einigung erzielt und die „Kooperationsvereinbarung 2.0“ vorgelegt werden. Aufbauend auf der Kooperationsvereinbarung des Jahres 2014 wird damit die Fortsetzung der vertieften Zusammenarbeit im Dresdner Stadtrat bis 2019 verbindlich festgelegt. Zur Verwirklichung der gemeinsamen politischen Ziele wurden insgesamt 26 Vorhaben bzw. Projekte vereinbart. Zudem sollen die städtischen Haushalte 2017/2018 und 2019/2020 gemeinsam beschlossen werden.



Von links nach rechts: Susanne Krause, Jens Matthis, Christiane Filius-Jehne, André Schollbach, Michael Schmelich, Christian Avenarius, Richard Kaniewski, Dr. Martin Schulte-Wissermann  
Foto: Barbara Schmidt

### 8.000 städtische Wohnungen

Ein zentrales Projekt ist der Bau von 2.500 Wohnungen bis 2019 und der Abschluss des bereits eingeleiteten Gründungsprozesses der Wohnungsbaugesellschaft noch im Jahr 2016. Darüber hinaus sollen die Voraussetzungen dafür schaffen werden, dass bis zum Jahr 2025 mindestens 8.000 neue Wohnungen in städtischer Verantwortung gebaut werden können. Das dafür erforderliche Eigenkapital soll durch die Bereitstellung städtischer Grundstücke im Wert von 50 Millionen Euro für die städtische Wohnungsbaugesellschaft sowie durch Nutzung aller verfügbaren öffentlichen Fördermittel aufgebracht werden.

### Investitionen in Schulen und Kindergärten

Die weiterhin steigende Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner führt nicht nur zu einem großen Bedarf an neuem und bezahlbarem Wohnraum, sondern erfordert auch Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten. Daher haben der Neubau und die Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen weiterhin Priorität. Um bei der Sanierung von Schulen schneller voranzukommen, werden zehn Schulgebäude an eine stadteigene Gesellschaft übertragen, um diese baulich und energetisch sanieren zu lassen. Um der sozialen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken, soll in den Stadtteilen Gorbitz und Prohlis bis zum Jahr 2019 jeweils ein Gymnasium auf den Weg gebracht werden.

### Königsbrücker Straße wird saniert

Um eine schnelle und stadtteilverträgliche Erneuerung der Königsbrücker Straße zu erreichen, soll noch in diesem Jahr eine Bürgerversammlung durchgeführt, die endgültige Entscheidung des Stadtrates zur Sanierung getroffen und ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Weiterhin sollen Schwerpunkte bei der Förderung des umweltfreundlichen Radverkehrs und der Verbesserung der Situation der Fußwege gesetzt werden.

### Zentraler Standort für Volkshochschule

Um die Dresdner Volkshochschule dauerhaft zu stärken und bessere Be-

dingungen zu gewährleisten, soll ein zentraler Standort geschaffen werden, der barrierefrei und gut erreichbar ist. Ab dem Jahr 2017 soll die mehrjährige Förderung freier Träger – insbesondere im Kultur- und Sozialbereich – der Regelfall werden. Dadurch wird den freien Trägern eine längerfristige Planung ermöglicht, die Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und bürokratischen Aufwand reduziert. Das Netz der geförderten Angebote der Jugendhilfe soll erhalten werden. Zudem sollen ab dem Jahr 2017 weitere Mittel für präventive Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: [www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter](http://www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter)

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

April 2016

# DRUCKSACHE #4

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · [linke-fraktion@dresden.de](mailto:linke-fraktion@dresden.de) · [www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

## Grenzen des Kommerz

SONNTAGSÖFFNUNGSZEITEN

In der Debatte um die Sonntagsöffnungszeiten warb FDP-Mann Zastrow für mehr verkaufsoffene Sonntage und verwies unter anderem auf Pirna als Vorbild weiterer Liberalisierungen der Ladenöffnungszeiten. André Schollbach erwiderte: "München ist unser Vorbild. München hat keinen verkaufsoffenen Sonntag und ist eine prosperierende Stadt. Es wird ja immer wieder die Frage aufgeworfen, warum derart um diese Sonntagsöffnungszeiten gerungen wird. Weil dahinter eine viel tiefere Frage steht: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? Sollen die Menschen der Wirtschaft dienen oder die Wirtschaft den Menschen? Die Antwort auf diese Fragen muss immer wieder gegeben werden. Etwa wenn eine Spekulantin zum Schaden aller im Flutgebiet bauen will."



Etwa wenn darüber zu befinden ist, ob wir an jedem Ort dieser Stadt Supermärkte jeder Größe zulassen. Etwa wenn wir darüber entscheiden, ob wir das Wohnen dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen oder politisch für bezahlbares Wohnen eingreifen." >> Der Beschluss: ein verkaufsoffener Sonntag im Advent, ein Rechtsgutachten, das die Rechtmäßigkeit von einkaufsoffenen Sonntagen im Advent aus Anlass des Striezelmarktes grundsätzlich prüft, und die Ladenöffnung im Vorfeld der bundesweiten Einheitsfeiern in Altstadt und Neustadt.

RATSSPLITTER



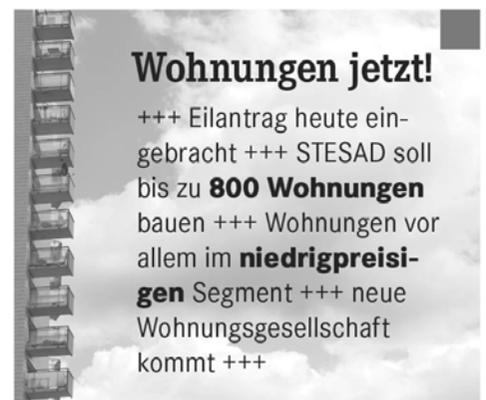
Flagge zeigen!

**Pia Barkow** fragte in der Fragestunde des Stadtrates: "Herr Oberbürgermeister, werden Sie in diesem Jahr die Regenbogenflagge als Symbol der Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen vor dem Rathaus hissen?" Antwort Hilbert: "Wir halten uns an die Beflaggungsordnung des Freistaates Sachsen und dürfen nicht hissen." **Pia Barkow** mit der Nachfrage nach §3, Abs. 3 der Beflaggungsordnung, "wonach Beflaggungen aus örtlichen Anlässen in den Kreisfreien Städten durch den Oberbürgermeister [...] angeordnet werden können". Antwort Hilbert: "Wir bleiben dabei, keine Beflaggung vor dem Rathaus."



3. Kind beitragsfrei

Geschafft, Stadtrat beschließt eine Elternbeitragsatzung, wonach das dritte Kind beitragsfrei bleibt. **Tilo Kießling** dazu: "Die Beitragsfreiheit des dritten Kindes in Dresden geht auf eine Initiative der LINKEN zurück. Bürgermeister Vorjohann wollte das ändern, den Eltern tief in die Tasche greifen. Das haben wir verhindert."



Wohnungen jetzt!

+++ Eilantrag heute eingebracht +++ STESAD soll bis zu **800 Wohnungen** bauen +++ Wohnungen vor allem im **niedrigpreisigen** Segment +++ neue Wohnungsgesellschaft kommt +++

## Krankenhäuser: Gesundheit geht vor Wirtschaft

Heute hat der Stadtrat die Prüfung der Fusion der Städtischen Krankenhäuser beschlossen - auf Antrag von SPD und LINKE. Für Jens Matthis sind die städtischen Krankenhäuser auf Erfolgskurs. Es war also eine richtige Entscheidung der Dresdnerinnen und Dresdner, diese als Eigenbetriebe zu erhalten. Die beschlossene Prüfung der Zusammenführung könnte den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Und doch: für DIE LINKE gelten nach Matthis' Worten vier Bedingungen für eine Fusion beider Krankenhäuser:

1. Das entscheidende Kriterium für alle weiteren Entscheidungen ist die bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung in Dresden und Umgebung, wirtschaftliche Erwägungen sind dem nachgeordnet.
2. Die Standorte der Krankenhäuser in Friedrichstadt, in Trachau, am Weißen Hirsch und in Löbtau bleiben erhalten, keiner davon darf durch die Fusion infrage gestellt werden.
3. Über diese sich aus der Fusion ergebenden Veränderungen wird eine Vereinbarung mit der Belegschaft beider Häuser, vertreten durch die Personalräte, geschlossen.
4. Das fusionierte Klinikum bleibt dauerhaft ein städtischer Eigenbetrieb."

# Frauen in Führungspositionen?

In Dresden sind Geschäftsführungen männlich dominiert

von Pia Barkow

Seit Anfang des Jahres gilt ein Bundesgesetz, das großen Unternehmen eine Geschlechterquote von 30 Prozent vorschreibt. Demzufolge müssen die Führungsebenen mindestens zu 30 Prozent mit Frauen besetzt sein – beziehungsweise Männern. Die Realität in Dresden sieht leider anders aus. Von den 24 Beteiligungen der Stadt Dresden haben gerade einmal fünf Unternehmen einen Frauenanteil von 30 Prozent im Aufsichtsrat und in der ersten Führungsebene. Die Geschäftsführungen sind in großer Mehrheit männlich dominiert. Besteht die Geschäftsführung nur aus einer Person, ist diese immer ein Mann. Einzige Ausnahme hier: die Dresden Marketing GmbH. Unternehmen wie beispielsweise die DVB, die Stadtreinigung, die drei Flughafengesellschaften oder die KID haben entweder gar keine Frauen in Aufsichtsrat oder Geschäftsführung oder der Anteil liegt weit unter 15 Prozent in beiden Gremien.

Obwohl wir uns per Stadtratsbeschluss explizit dafür ausgesprochen haben, eine ausgewogene Teilhabe von Männern und Frauen in Führungspositionen anzustreben, ist auch ein Jahr nach diesem Beschluss keine ersichtliche Anstrengung in den meisten städtischen Beteiligungen zu erkennen. So hat zum Beispiel kein einziges dieser Unternehmen einen Frauenförderplan entwickelt, also ein Instrument für Behörden und Unternehmen, um eine ausgewogene Frauen- und Männerquote in allen Ebenen zu fördern. Und das, obwohl das Frauenförderungsgesetz in Sachsen seit 1994 existiert. Rechtlich bindend ist es zwar nur für Unternehmen mit Landesbeteiligung oder Behörden, aber dennoch sollte es als Orientierung für die Personalentwicklung aller Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung dienen. Deshalb ist die aktuelle Situation für Frauen in Führungspositionen mehr als enttäuschend. Denn gerade von Unternehmen



mit einer öffentlichen Beteiligung ist zu erwarten, dass sie eine Vorbildfunktion einnehmen und die Zusammensetzung der Führungsebenen deutlich besser auf Frauen und Männer verteilen.

Dabei ist eine Besetzung mit Personen unterschiedlichster Erfahrungshintergründe nicht nur ein gleichstellungspolitisches Ziel. So haben Analysen gezeigt, dass Unternehmen mit einem gemischten Aufsichtsrat, also mit Männern und

Frauen sowie mit Personen unterschiedlicher Herkunft, wirtschaftlich besser dastehen als Unternehmen mit einem sehr homogenen, männlichen Aufsichtsrat. Die Geschlechterquote der Bundesregierung ist deshalb zu begrüßen. Denn ganz offensichtlich, so hat es die Vergangenheit gezeigt, wird sich ohne verpflichtende Regelungen nichts an der Situation von Frauen in Führungspositionen ändern.

# Gaskandelabergelaber

von Tilo Wirtz

Kaum ein Thema sorgt mehr für Schnappatmung im Stadtrat und in den Sprechstunden von Rätinnen und Räten, als der Schutz der alten Gaslaternen an Dresdens Straßen. Gemessen an heutigen Anforderungen an eine Straßenbeleuchtung – ausreichend zu beleuchten ist die Straße und nicht die Bebauung, außerdem sollte der energetische Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zur Lichtausbeute stehen – sind Gaslaternen eher ein Fall für das Museum. Trotzdem, die Lampenpfähle aus Guss sehen schnörkelig biedermeierlich aus und das Gaslicht funzelt romantisch durch die Glasgasleuchten in die Nacht ohne die Stadt allzu sehr zu erleuchten – Grund genug, auch dieses Stück des alten Dresden quasi als Sittengemälde zu schützen und zu hüten.

## Peitschenlampen führten zum Aufstand

Denn das sei bitter nötig, trachte man doch im Straßen- und Tiefbauamt der Landeshauptstadt Dresden den braven Gaskandelabern nach dem Leben. So bereits festgestellt vor vier Jahren, als 2012 konstatiert werden musste, dass bei der Sanierung der Altenberger Straße die vormals aus Gaslaternen bestehende Straßenbeleuchtung durch moderne ingenieurmäßige Peitschenlampen (wie das schon klingt!) ersetzt worden war. In konservativen Kreisen des Rates wurde sofort Verrat gewittert und ein Antrag geschrieben, der der Verwaltung aufgab, die Schuldigen ob des Frevels in Regress zu nehmen und mit den so vereinnahmten Geldern einen Rückbau der Peitschenlampen und eine Wiederherstellung der Gasbeleuchtung zu veranlassen.

## Halbe Million? - Egal!

Bereits damals brachte eine Anfrage der LINKEN ans Gaslicht, dass Rückbau und Neuinstallation nicht so einfach wären und in jedem Fall mit Ko-



Moderne Leuchten in großen Abständen

Foto: Tilo Wirtz

sten von grob geschätzt einer schlappen halben Million zu rechnen sei – die Rückzahlung von Fördermitteln für eine besonders energieeffiziente moderne Beleuchtung nicht mitgerechnet. Erschwerend kam noch hinzu, dass die neuen modernen Leuchten nur einseitig in großem Abstand errichtet werden mussten, was ausreichte, um die Straße gleichmäßig und ohne Blendeffekte zu beleuchten, während die Gasleuchten hätten beidseits und in einem viel engeren Abstand aufgestellt werden müssen. Sprich, mit einem einfachen Austausch der Leuchten wäre es nicht getan gewesen, vielmehr hätte auch die gesamte unterirdische Zuleitung geändert werden müssen. Nebeneffekt wäre übrigens der Fortfall von vielen Parkplätzen und Konflikte mit Einfahrten gewesen. Die Verwaltung wies zunächst mal jedes Fehlverhalten von sich, welches einen Regress gerechtfertigt hätte. Denn immerhin wurde weder vorsätzlich geltendes Recht mit den leidigen Peitschenlampen gebrochen, noch hatte sich jemand an der Maßnahme bereichert. Auch eine Verletzung von Bestimmungen der Denkmalpflege blieb am Ende ungeklärt, da der geschützte Bereich in Striesen wohl nur bis zur Altenberger Straße reicht, die Straße aber selbst nicht umfasst. Wie dem auch sei,

am Ende bereitete der Stadtverwaltung Kopfzerbrechen, dass sie ihrer Verkehrssicherungspflicht genüge tun muss und deshalb Gaskandelaber aus lichttechnischen Gründen, abgesehen von der Energieverschwendung und vom wesentlich höheren Wartungsaufwand, schlicht ungeeignet als Beleuchtung waren. Denn die Altenberger Straße ist eine Hauptstraße mit Busverkehr, exakt eine innerörtliche Verbindungsstraße, für deren Beleuchtung höhere Anforderungen einzuhalten sind, als Gaslaternen auch elektrifiziert derzeit erfüllen können. Wider alle Vernunft und die Stimmen der LINKEN fasste der Stadtrat mit der damaligen konservativen Mehrheit trotzdem den Beschluss, die nagelneue ihren Zweck erfüllende Beleuchtung rückbauen zu lassen, koste es, was es koste.

## Die Verwaltung macht sich an die Arbeit...

Die Stadtverwaltung dachte sich ihren Teil und machte sich pflichtschuldiger daran, diesen Beschluss umzusetzen. Verschiedenste elektrifizierte Gaskandelaber wurden herbeigebracht und die von ihnen ausgeworfene Beleuchtung vermessen, protokolliert und bewertet. Vor Ort in Striesen und im Betriebsgelände Lohrmanstraße wurden elektri-

fizierte Gaskandelaber installiert und bei Dunkelheit bemustert. Ergebnis war, die Kandelaber, deren Licht hell genug war, blendeten zu stark und jene, die nicht blendeten, waren nicht hell genug. So ist bereits jetzt absehbar, dass auf Hauptstraßen wie der Bergmannstraße und der Augsburger Straße ebenfalls moderne Leuchten installiert werden. Natürlich dürfen Gaskandelaber weiter funzeln, und zwar auf Nebenstraßen, auf denen die Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt ist. Mit diesen Informationen und diesem Ergebnis schlug die Stadtverwaltung ihrerseits nach fast vier Jahren intensiver Forschungsarbeit hinsichtlich der Bewertung elektrifizierter Gaskandelaber im Stadtrat auf. Demnach war das Antragsbegehren von vor vier Jahren undurchführbar und deshalb der Beschluss aufzuheben. Dem folgte der Stadtrat mehrheitlich auch mit den Stimmen der LINKEN. Denn wir denken, dass Sicherheitsaspekte auf stark frequentierten Straßen, auf denen auch der ÖPNV verkehrt, Vorrang vor nostalgisch-optischen Bewertungen haben sollten, von denen die Besetzung eines Krankenwagens nachts nichts hat, wenn sie bei schlechter Straßenbeleuchtung vielleicht noch bei Nieselregen oder Nebel schnell zu einem Einsatzort muss. Andererseits ist es auch so, dass die alten Kandelaber auch mit elektrifizierten Leuchtmitteln wesentlich teurer in der Anschaffung und der Wartung sind, da sowohl der Einzelpreis höher ist als auch mehr Leuchten je Straße benötigt werden. Insofern stellt sich auch die Frage, ob es gerechtfertigt ist, auf einzelnen „besseren Straßen“ quasi die Bordsteine zu vergolden, während manch andere Straße nicht einmal einen festen Fußweg hat. Im Ergebnis werden die Peitschenlampen noch lange auf der Altenberger Straße für angenehme, gleichmäßige, blendfreie, energieeffiziente Straßenbeleuchtung sorgen. Denn deshalb wurden sie so konstruiert, nicht um jemanden zu ärgern.

# Schulen warten auf Sanierung

Viele Schulen in Dresden warten schon seit Jahren darauf, endlich umgebaut zu werden. Doch ist der von der CDU geerbte Sanierungsstau von 650 Millionen Euro kaum zu bewältigen.

von Anja Apel

Insgesamt 134 Millionen Euro steht den Dresdner Schulen und Kindergärten aus dem Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“ des Landes zur Verfügung. Man könnte meinen, dass jetzt alle Probleme gelöst sind. Doch: Wie sieht es aus an den Dresdner Schulen? Über 100 Millionen Euro haben wir als rot-grün-rote Kooperation im Stadtrat 2015 für die verschiedenen Schulbauprojekte und Sporthallen beschlossen. Aber die Bauvorhaben kommen nur langsam voran. Zwar sind etwa 60 Millionen Euro vertraglich schon gebunden, das Geld konnte bisher aber noch nicht ausgegeben werden. Die Bauvorhaben stocken unter anderem deshalb, weil zum Beispiel auch Ausschreibungsvorschriften eingehalten werden müssen.

Trotzdem wird 2016 jedes Kind einen Schulplatz haben. Fast alle neu gebildeten Klassen werden bis zum letzten Stuhl besetzt sein. Das darf aber nicht über die seit Jahren drängenden Probleme hinwegtäuschen. Denn viele Schulen warten schon lange auf eine dringend notwendige Sanierung, so zum Beispiel die Gymnasien Cotta und Plauen sowie das DKS-Gymnasium in der Neustadt. Die beschlossenen Sanierungen können jedoch nicht beginnen, weil es keine Gebäude gibt, in welche die Schulen während der Bauzeit ausweichen können. So wird die Stadt ein altes bestehendes Schulgebäude mit einem Anbau erweitern, um darin zuerst die SchülerInnen aus Plauen unterzubringen und danach die aus Cotta und irgendwann dann die nächsten.

## Wir brauchen wohnortnahe Schulen

Bis also etwa das Plauener Gymnasium saniert sein wird, dauert es noch einige Jahre. Diejenigen SchülerInnen, die so hartnäckig für die Sanierung ihres Gymnasiums eingetreten sind, werden dann schon ihr Abitur oder die Schule längst beendet haben. Die 32. Oberschule (in der Hofmannstraße, Nähe Friedhof Tolkewitz) hat im kommenden Jahr schon keinen Platz mehr, denn die darin befindliche 32. Grundschule muss wieder mehr Kinder aufnehmen. Deswegen zieht sie für ein bis zwei Schuljahre um, bis das neue Gebäude im alten Straßenbahnhof Tolkewitz bezogen werden kann.

## Plauener Plausch im Keller

Sie verfolgen das politische Geschehen und haben Freude am Meinungsaustausch und der Diskussion? Vielleicht haben Sie auch Fragen nach Hintergründen? Warum ist das so und nicht anders? Oder Sie wollen uns einfach nur die Meinung sagen? Am 2. Mai ab 18 Uhr startet der „Plauener Plausch“ im Café Keller am Plaunschen Ring 5, zu dem die Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte der LINKEN herzlich alle Interessierten zur Diskussion über das Leben und die Entwicklung des Stadtteils Plauen einladen. Als Gäste werden die LINKE-StadträtInnen Anja Apel und Norbert Engemaier erwartet.



Foto: wolla2 / pixelio.de

Im Schuljahr 2017/18 wird eine Oberschule in Pieschen erst einmal in einer neugebauten Grundschule mitgegründet, um dann später an den neuen Standort Gehestraße zu ziehen. Und seit vielen Jahren steht fest, dass auch die 44. Grundschule (Saalbachstraße, Leuben) saniert werden müsste. Bislang jedoch fand sich kein geeigneter Ausweichstandort. Vielen Grundschulen in Dresden geht es nicht anders...

Rund 650 Millionen so genannten Sanierungsstau im Bereich der Schulen hatten wir vor zwei Jahren nach den Kommunalwahlen „übernommen“. Obwohl seither so viel in die Schulen investiert wurde, wie in den Jahren zuvor nicht, wird der Berg nicht kleiner, weil neue Schulplätze geschaffen werden müssen. Die Fehler der von der CDU bestimmten Bildungspolitik in Land und Stadt lassen sich nun mal nicht einfach in kurzer Zeit überwinden. Dennoch bleibt unser Ziel: Wir wollen in allen Stadtteilen Schulen mit guten Bedingungen zum Lernen schaffen, wohnortnah für die Grundschulkindern. Es darf keine abgehängten Stadtteile geben. Kurz gesagt: Auch in Gorbitz und Prohlis soll es die Möglichkeit für ein Abitur geben. Für Familien mit geringem Einkommen ist die Nähe der Schule besonders wichtig, unter anderem, weil die Hälfte der Kosten für eine Monatskarte erst am Ende des Schuljahres zurückerstattet wird.

## Neue Herausforderungen durch Flüchtlinge

Eine neue Herausforderung ist auch die Unterbringung der Kinder geflüchteter Familien. Für sie die richtige Schule zu finden, ist Aufgabe der Sächsischen

Bildungsagentur. Ihre MitarbeiterInnen führen Bildungsgespräche und bilden sogenannte DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache). Diese werden an den Grundschulen und Oberschulen gebildet. In den DAZ-Klassen lernen die Kinder und Jugendlichen die deutsche Sprache, erhalten Grundwissen über das Land, haben aber auch schon zum Teil Mathematikunterricht und andere Fächer. Im Schuljahr 2014/15 gab es sieben Grundschulen und sechs Oberschulen mit DAZ-Klassen. Wie es genau in diesen Klassen läuft, ist nicht klar. Bürgermeister Lames zufolge gibt es keine Beschwerden. Von anderen hören wir, dass die Bildungsgespräche sehr schleppend vorangehen. Außerdem sollen die DAZ-Klassen übertoll sein, was die Unterrichtsbedingungen erschwert. Hinzu kommen die Altersunterschiede und der unterschiedliche Bildungsstand der SchülerInnen.

Seit einem Jahr fordern wir aber vergeblich, dass die Sächsische Bildungsagentur mit den Bildungspolitikern der Stadt im Bildungsausschuss über die aktuelle Situation spricht. Hoffen wir, dass es Bürgermeister Lames gelingt, sie endlich in den Bildungsausschuss einzuladen.

In einigen Jahren sollte als Überschrift in der Zeitung stehen: „Die Kooperation aus Linken, Piraten, SPD und Grünen hat es geschafft. Fast alle SchülerInnen konnten einen Platz an der gewünschten Schule erhalten.“ Nur wird das Land Dresden auch genügend LehrerInnen zur Verfügung stellen?

Anja Apel ist Mitglied im Bildungsausschuss

## KOLUMNE

### ganz hinten links



von Jens Matthis

Gehören Sie zu den Leuten, die sich über Parksünder ärgern oder eher zu jenen, die über die Knöllchen an der eigenen Autoscheibe fluchen? Im ersteren Fall würden Sie sich sicher über mehr Politessen freuen, im letzteren Fall dürften Ihnen diese eher lästig sein. Oder gehören Sie gar zu den Leuten, die beides tun? Dann sind Sie in einem Interessenkonflikt. Haben doch Politessen die unangenehme Eigenschaft, nie da zu sein, wo man scharfe Kontrollen für dringend nötig erachtet, sondern eher immer dort, wo man selbst ganz unnötigerweise nur abgezockt werden soll. Dies hat einen guten Grund: Die Mitarbeiter\*innen des Gemeindlichen Vollzugsdienstes, - so heißen die Politessen politisch und gendergerecht korrekt -, rendieren sich nämlich nicht da, wo ganz selten jemand falsch parkt, sondern eher dort, wo sich das Falschparken eingeschliffen hat, weil es eigentlich niemanden stört. Soweit - so gut oder so schlecht.

Neulich wurde im Stadtrat über zusätzliche Mitarbeiter\*innen im Gemeindlichen Vollzugsdienst debattiert. Die CDU begehrte 20 Leute mehr, die SPD war davon ganz angetan, die AfD ließ sich nicht lumpen und wollte auf 40 verdoppeln. Man rieb sich verwundert die Augen: Sind das noch die Autofahrerparteien?

Der erklärte Grund waren freilich nicht die Parksünder auf Dresdens Straßen, sondern die Drogenszene am Wiener Platz. Die sollte durch zusätzliches Personal bekämpft werden. Nun ist der Gemeindliche Vollzugsdienst weder geeignet, Jugendlichen aus der Drogenszene zu helfen, - dafür gibt es Streetworker\*innen, noch verfügt er über Ausbildung und rechtliche Befugnis, gegen Dealer vorzugehen, dafür wiederum gibt es Polizeibeamte, die nicht der Stadt, sondern dem Freistaat unterstehen.

Der Gemeindliche Vollzugsdienst kann nur umherlaufen und streng gucken. Sollte das die Dealer nicht beeindrucken, müsste er dann wieder das tun, wofür er eigentlich da ist und was er am besten kann: Knöllchen an Parksünder verteilen. Dann freilich noch viel mehr davon, die 20 zusätzlichen Stellen müssen ja bezahlt werden. Rund eine Million zusätzlich - das ist der Preis von Symbolpolitik. Für zusätzliche Stellen für Streetworker\*innen war in Dresden noch nie so viel Geld da - schon gar nicht bei der CDU.

## Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Tilo Wirtz, Jens Matthis, Anja Apel, André Schollbach  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog



## Kooperationsvereinbarung 2016 – 2019 der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Dresdner Stadtrat

Aufbauend auf unserer Kooperationsvereinbarung „Neue Perspektiven für Dresden“ des Jahres 2014 vereinbaren wir die Fortsetzung unserer vertieften Zusammenarbeit im Dresdner Stadtrat bis 2019. Zur Verwirklichung der bereits bestimmten wesentlichen gemeinsamen Ziele werden wir den eingeschlagenen Kurs fortsetzen und vereinbaren die folgenden Vorhaben. Auf deren Basis werden wir die Doppelhaushalte 2017/2018 und 2019/2020, für die keine Kreditaufnahmen erforderlich sind, gemeinsam beschließen.

### 1. Städtische Wohnungsbaugesellschaft

Wir werden bis zum Jahr 2019 zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums 2.500 städtische Wohnungen, verteilt im gesamten Stadtgebiet, neu errichten. Dazu werden wir den Gründungsprozess der Wohnungsbaugesellschaft unter Nutzung bestehender städtischer Unternehmen noch im Jahr 2016 abschließen. Sämtliche im Besitz der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Beteiligungen befindlichen Wohnungen sollen nach Möglichkeit an diese Gesellschaft übertragen werden. Für die Investitionen in den städtischen Wohnungsbau und zur Gewährleistung der damit verbundenen wohnungspolitischen Ziele - insbesondere der Sicherstellung eines sozialen Mietniveaus - werden wir Liegenschaften im Wert von 50 Millionen Euro für die städtische Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung zu stellen sowie alle verfügbaren öffentlichen Fördermittel vollständig nutzen. Das bedeutet, dass keine

Zuschüsse aus dem Haushalt für den laufenden Betrieb der Gesellschaft notwendig sein werden. Darüber hinaus werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bis zum Jahr 2025 mindestens 8.000 neue Wohnungen in städtischer Verantwortung gebaut werden können.

### 2. Wohnungsmarkt

Wir werden den Verkauf von städtischen Grundstücken für den privaten Wohnungsbau an die Schaffung eines mindestens 15 prozentigen Anteils preisgünstiger Wohnungen knüpfen. Damit wollen wir erreichen, dass auch private Investorinnen und Investoren einen Beitrag zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums leisten. Preise und Zuschnitte der Wohnungen sollen die Angemessenheitskriterien für die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die Kommune erfüllen. Diese Wohnungen werden für mindestens 15 Jahre an den



Foto: Secretgarden / photocase.de

Mietpreis gebunden. Vertraglich wollen wir sichern, dass nach Ablauf der 15 Jahre bei bestehenden Mietverhältnissen die Bindungsfrist zu den gleichen Konditionen für weitere 10 Jahre bestehen bleibt, sofern der Bedarf der Mietpartei weiterhin besteht. Dieses Ziel streben wir auch durch den Abschluss städtebaulicher Verträge mit Investoren an. Darüber hinaus werden wir die von Land oder Bund zur Verfügung gestellten Mittel für den Ankauf von Belegrechten abrufen und stadtwweit verwenden.

### 3. Stadtentwicklung

Wir werden die Planungsgrundlagen der Landeshauptstadt Dresden (Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Integriertes Stadtentwicklungskonzept INSEK) insbesondere im Hinblick auf den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung, der Bereitstellung von Flächen an erschlossenen

Standorten für den mehrgeschossigen Mietwohnungsbau, von Gewerbeflächen und zur Sicherung multifunktionaler Grünzüge überarbeiten. Wir werden das Gewerbeflächenkonzept weiter entwickeln und auf dessen Grundlage neue Gewerbeflächen erschließen, um vorhandene Potentiale für Gewerbeansiedlungen zu nutzen.

Der Wissenschaftsstandort Dresden ist bundesweit und international attraktiv und soll es bleiben. Eine wichtige Aufgabe in der Stadtplanung ist für uns deshalb die sozial und ökologisch verträgliche räumliche Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. In diesem Sinne werden wir bis 2017 mit dem Rahmenplan „Bildung und Stadt im Dialog“ bestehende Nutzungskonflikte lösen und die verkehrstechnische Erschließung, insbesondere durch die Stadtbahn 2020, sicherstellen. Wir werden zügig die Bebauungspläne für den Wissenschaftsstandort Ost beschließen.



Foto: photocase.de



#### 4. Stadtbahn 2020

Wir werden den Bau der Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße und der Stadtbahn über die Nossener Brücke, Nürnberger Straße, Zellescher Weg, Wasaplatz zum Haltepunkt Strehlen („Unilinie“) im Interesse der Erschließung von Plauen, Löbtau und der Universität zügig vorantreiben und die erforderlichen Mittel bereitstellen. Wir unterstützen einen neuen Vorstoß zur Weiterplanung der Strecke Johannstadt - Plauen beim Freistaat und dem Bund.

#### 5. Radverkehr

Wir werden einen Schwerpunkt bei der Förderung des umweltfreundlichen Radverkehrs setzen und beschleunigt Maßnahmen des Innenstadtkonzepts von 2009 mit hoher Netzwirksamkeit sowie des zügig vorzulegenden Radverkehrskonzepts umsetzen. Wir werden dazu die Haushaltsmittel für den Radverkehr (inklusive Fördermittel) bis zum Ende der Wahlperiode schrittweise auf 5 Mio. Euro jährlich aufstocken.

#### 6. Sichere Fußwege

Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderung ein Fußwegkonzept entwickeln und schrittweise umsetzen. Nach Priorisierung durch die Ortsbeiräte werden wir die Kita- und Schulwegsicherheit, auch unter Verwendung fußgängerfreundlicher Ampelschaltungen sowie von Zebrastreifen und Mittelinseln, verbessern.

#### 7. Leipziger Vorstadt

Wir werden den südwestlichen Teil der Leipziger Vorstadt zwischen Elbe, Großenhainer Straße und Erfurter Straße zu einem ökologisch und städtebau-

lich innovativen Quartier entwickeln, und zwar mit einer ausgewogenen Mischung aus Wohnungsbau, kleingewerblicher Nutzung, dem uneingeschränkt öffentlich nutzbaren Fuß- und Radweg an der Elbe sowie naturnahen Grünflächen, Kulturräumen, Flächen für Bildung, Sport, und Freizeit.

Dem Hochwasser-Gebietsschutz kommt Priorität zu, so dass auch bei einem erneuten Jahrhunderthochwasser nicht mit einer Überflutung bebauter Bereiche zu rechnen ist. Zugleich werden wir für einen hohen Anteil an preisgünstigen und familien- und behindertenfreundlichen Wohnungen sorgen. Räume für die Kreativwirtschaft und soziale und kulturelle Initiativen sollen wesentlicher Bestandteil des Quartiers sein. Das technische Denkmal „Alter Leipziger Bahnhof“ soll erhalten werden. Bei der Fortschreibung des Masterplanes führen wir den Dialog mit allen Betroffenen und werden eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen. Wir werden gemeinsam mit dem Unternehmen Globus nach einem geeigneten Alternativstandort suchen.

#### 8. Königsbrücker Straße

Wir werden zur Umsetzung unseres Zieles einer schnellen und stadtteilverträglichen Erneuerung der Königsbrücker Straße nach einer Bürgerversammlung die endgültige Entscheidung des Stadtrates über die Sanierungsvariante noch im Jahr 2016 herbeiführen und ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren einleiten. So ermöglichen wir den Baubeginn noch vor dem Jahr 2019.

#### 9. Urban Gardening und soziokulturelle Freiräume

Wir werden sowohl traditionelle Kleingartenanlagen als auch innovative Gartenbaukonzepte (zum Beispiel Ur-



Foto: slecneq / photocase.de

ban Gardening, Gemeinschaftsgärten, Dachgärten, begrünte Hausfassaden, gestaltete Baumscheiben, Kinderlehrgärten) aktiv fördern. Jeder Mensch soll sich wohnortnah gärtnerisch betätigen können. Darüber hinaus werden wir Freiräume auf öffentlichen Flächen und in Gebäuden für soziale, künstlerische, kreative und ökologische Nutzungen auf Zeit zur Verfügung stellen.

#### 10. Bildungsinvestitionen

Wir werden dem Neubau und der Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen weiterhin höchste Priorität einräumen, um den wachsenden Bedarf zu decken und mittelfristig den Sanierungsstau aufzulösen. Zur Finanzierung werden wir zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Eigenmitteln die Investitionsförderung des Freistaates Sachsen in Anspruch nehmen sowie alternative Finanzierungs- und Bauträgermodelle nutzen. Wir werden mindestens zehn Schulen an eine städtische Gesellschaft übertragen, als Modell beginnend mit drei Schulen im Jahr 2016, um sie von dieser baulich und energetisch sanieren zu lassen.

#### 11. Gymnasien in Gorbitz und Prohlis

Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Wir werden der sozialen Spaltung der Stadt entgegenwirken. Daher muss Schulnetzplanung mehr sein als eine rein quantitative Orientierung an Planungsregionen. Wir werden in Gorbitz und Prohlis bis zum Jahr 2019 jeweils ein Gymnasium auf den Weg bringen.

#### 12. Lizenzkostenfreie Lernmittel

Wir werden ein Versuchsprojekt zur Erstellung lizenzkostenfreier Unterrichtsmaterialien starten um eine kostengünstige und qualitativ hochwertige Umsetzung der verfassungsmäßig garantierten Lehr- und Lernmittelfreiheit zu erreichen. Dazu soll die Stadt geeignete Verträge unter Wahrung des Urheberrechts schließen, welche eine Überführung in die Gemeinfreiheit erlauben.

#### 13. Kinderbetreuung

Wir werden den Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz erfüllen. Für uns gelten folgende drei Prioritäten: die Sicherung der qualitativen und quantitativen Steuerungsfähigkeit des öffentlichen Trägers über alle Betreuungsformen, der Erhalt der konzeptionellen Vielfalt der Trägerlandschaft und die Erfüllung der Anforderungen an inklusive Bildung. Unter diesen Prämissen werden wir die Zukunft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten bestimmen. Wir nutzen das Programm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ und dessen Ausbau. Die Zuweisung zusätzlichen Personals wird zukünftig nicht mehr durch Auswahl bestimmter Kindertagesstätten sondern am besonderen Bedarf der betreuten Kinder bemessen.

#### 14. Jugendhilfeförderung

Wir werden das Netz der geförderten Angebote der Jugendhilfe erhalten und entsprechend der Fachstandards und der Tarifentwicklung finanzieren. Weitere Mittel werden ab dem Jahr 2017 für präventive Maßnahmen zur Verfügung gestellt, wenn sie dabei helfen, dass Hilfen zur Erziehung nicht notwendig werden (Präventionsbudget). Ab dem Jahr 2019 werden die Mittel nach Maßgabe der dann vorliegenden Teilfachplanung gefördert.

#### 15. Mehrjahresförderung

Wir werden ab dem Jahr 2017 die mehrjährige Förderung freier Träger im Regelfall ermöglichen, insbesondere im Kultur- und Sozialbereich. Dadurch wird den freien Trägern eine längerfristige Planung ermöglicht, die Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und der bürokratische Aufwand des Förderantragsverfahrens reduziert.

#### 16. Kultur

Wir werden die Bewerbung Dresdens als „Europäische Kulturhauptstadt“ unter aktiver Beteiligung vieler Bürger-



Foto: una.knipsolina / photocase.de

rinnen und Bürger vorantreiben. Den Dialog zwischen den Kulturkreisen wollen wir durch Perspektiven über das Jahr 2025 hinaus nachhaltig fördern. Dazu gehört als erster Schritt auch die Einführung von Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum. Wir werden die institutionelle und projektbezogene Kulturförderung in den nächsten vier Jahren um jeweils mindestens 5 Prozent steigern. Davon fließen mindestens 50.000 Euro in einen Kleinprojektfonds, der kurzfristig und unbürokratisch soziokulturelle Projekte unterstützen soll.

## 17. Volkshochschule

Wir werden die Dresdner Volkshochschule dauerhaft stärken, indem wir einen zentralen Standort schaffen. Die Volkshochschule soll für alle bezahlbar, barrierefrei sowie gut erreichbar sein und damit ein wichtiger Baustein in Sachen Bildung und Integration werden.

## 18. Asyl und Integration

Dresden ist wie ganz Europa Ziel von Menschen, die Schutz suchen. Sie benötigen dafür unsere Unterstützung. Diese Aufgabe meistern wir mit einer Stärkung der sozialen Infrastruktur und mit einem Ausbau der Integrationsangebote und der Unterstützung von Begegnungsangeboten.

Wir werden gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter eine zentrale Anlaufstelle für Ar-

beitsvermittlung, Weiterbildung und Beratung für Geflüchtete schaffen.

Wir werden die Situation der Geflüchteten und der Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer gleichermaßen verbessern. Für die dezentral untergebrachten Geflüchteten wird der Betreuungsschlüssel auf 1:80 verbessert und in jedem Übergangwohnheim wird eine angemessene soziale Betreuung sichergestellt.

Wir werden das ehrenamtliche Engagement der Stadtteilinitiativen unterstützen, deren Koordination mit zusätzlichem Personal ausstatten und ein Modellprojekt starten, das professionelle sozialpädagogische Beratung für Ehrenamtliche anbietet.

Die Unterbringung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Heimen und Wohngruppen setzen wir in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe um. Zusätzlich werden wir ein Projekt initiieren, um Patenschaften zu unterstützen und weitere Gastfamilien zu gewinnen. Die bestehenden Strukturen des Frauenschutzes werden soweit gestärkt, dass sie auch auf die Belange von geflüchteten Frauen eingehen können.

## 19. Sport

Wir werden den Eigenbetrieb Sportstätten in seiner Einheit von Planung, Betrieb und Förderung erhalten und keine Ausgliederung der Sportanlagen zulassen, um leistungsfähiger Partner auch kleiner Sportvereine zu sein. Mit



Foto: mara\_dd / photocase.de

Überarbeitung der Sportförderrichtlinie werden wir die gesellschaftliche Funktion des Sports für soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Integration stärken. Dazu sollen Angebote zur Weiterbildung von Trainerinnen und Trainern und ehrenamtlich Tätigen ermöglicht werden.

## 20. Naturschutz

Wir werden eine Naturschutzkonzeption für Dresden beschließen, die im Interesse des Biotopverbunds und der Artenvielfalt die Entwicklungsziele für Schutzgebiete überarbeitet, eine naturnähere und kostengünstigere Pflege öffentlicher Parks und Wiesenflächen vorsieht sowie die Richtlinien für Baumpflanzungen und -pflege im Interesse der Entwicklung großer Altbäume ändert.

## 21. Energiepolitik

Bei öffentlichen Neubauten werden wir einen energetischen Standard realisieren, der nach Möglichkeit dem Passivhaus-Standard oder einem vergleichbaren klimaneutralen Standard entspricht. Darüber hinaus wollen wir ein Schwerpunktprogramm zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude mit besonders schlechter Energiebilanz auflegen.

Wir werden einen Wärmeplan aufstellen, der stadteilgenau den künftigen Wärmebedarf prognostiziert und die Abwärmequellen und Verbrauchsstrukturen feststellt. Wir werden die zentrale Fernwärme um dezentrale und regenerative Wärmeerzeugung ergänzen.

Wir werden den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen. Dazu wollen wir das vorhandene Potential von 500.000 Quadratmeter geeigneter kommunaler Dachflächen für Solaranlagen nutzen. Wir werden darauf

hinwirken, dass die DREWAG und Bürgerenergiegenossenschaften dabei eine maßgebliche Rolle spielen.

## 22. Verwaltung und Personalentwicklung

Wir werden als Element eines attraktiven öffentlichen Dienstes die Entwicklung eines aufgabenorientierten und geschlechtergerechten Personalentwicklungskonzeptes für die Stadtverwaltung durchsetzen. Um die Arbeitsplätze innerhalb der Stadtverwaltung sowie der Eigenbetriebe familienfreundlicher zu gestalten, werden wir ein extern begleitetes Qualitätsentwicklungsverfahren durchführen. Das Personalentwicklungskonzept wird den Einstellungsbedarf definieren, um die Altersabgänge zu kompensieren. Außerdem werden konkrete Aufstiegsmöglichkeiten aufgezeigt, indem Kriterien für Beförderungen oder finanzielle Zuschläge transparent und qualitätsorientiert definiert werden.

Wir werden überprüfen, ob die aktuellen Kapazitäten an Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung noch ausreichend sind und wo möglicherweise Handlungsbedarf besteht. Dabei werden wir alle Standorte auf ihre Arbeitsqualität hin überprüfen und ein Konzept entwickeln, wie die Verwaltung besser an zentraleren Standorten zusammengeführt und wo ein neues Technisches Rathaus etabliert werden kann.

## 23. Politik für Menschen mit Behinderungen

Wir werden im Interesse von Menschen mit Behinderungen strikt darauf achten, dass die gesetzlichen Bestimmungen besser als bisher eingehalten werden. Dazu werden wir unter anderem si-



Foto: marue / photocase.de

herstellen, dass die Stadtverwaltung amtliche Informationen barrierefrei anbietet sowie Formulare in einfacher Sprache und in Braille zur Verfügung zu stellt. Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge ist aktiv um Firmen zu werben, die sich in ihrer Firmenphilosophie dem Ziel der Inklusion verschrieben haben und die gesetzlich vorgeschriebenen Quoten bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung einhalten. Die Zeiten bis zur Bewilligung für beantragte Schulasistenzen sind deutlich zu verkürzen.

Wir werden dem Stadtrat vorschlagen, Vertreterinnen und Vertreter von Behindertenverbänden als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse des Stadtrates zu berufen, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu begleiten.

#### 24. Gleichstellung

Wir werden im Jahr 2016 eine neue Gleichstellungsförderungsrichtlinie beschließen und in diesem Zusammenhang die Aufgaben des Büros der Gleichstellungsbeauftragten um den Einsatz für die Belange von Menschen mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen

(LSBTI) erweitern und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

#### 25. Netzpolitik

Wir werden Open-Source-Software und Freie Software auf Anwendungs- und Betriebssystemebene in städtischen Einrichtungen schrittweise einführen. Zusätzlich werden wir den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, verschlüsselt und kostenfrei mit der Stadtverwaltung zu kommunizieren. Wir werden die Online-Angebote der Stadt (Homepage, Ratsinformationssystem, Themenstadtplan) nutzerfreundlicher und barrierefrei machen.

#### 26. Sonntagsöffnungszeiten

Wir werden beginnend mit dem Jahr 2016 einmal jährlich – am 2. Advent – jeweils aus dem besonderen Anlass "Dresdner Striezelmarkt – Weihnachtsstadt Dresden" in Dresden die Öffnung aller Verkaufsstellen in der Zeit von 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr zulassen, darüber hinausgehende Ausnahmen nicht. Wir werden den Oberbürgermeister beauftragen, unverzüglich ein externes Rechtsgutachten zur Frage der Rechtmäßigkeit dieses Vorhabens einzuholen.



Foto: 106313 / photocase.de

### DOKUMENTIERT

## Presseinformation von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten zur Kooperationsvereinbarung 2016 – 2019

Am Wochenende haben die Vorsitzenden der Fraktionen und Stadtverbände von LINKEN, Grünen und SPD gemeinsam mit den beiden Stadträten der Piraten die Verhandlungen zur Kooperationsvereinbarung 2016 – 2019 erfolgreich abgeschlossen. Aufbauend auf der Kooperationsvereinbarung des Jahres 2014 soll damit die Fortsetzung der vertieften Zusammenarbeit im Dresdner Stadtrat bis 2019 verbindlich festgelegt werden. Zur Verwirklichung der gemeinsamen politischen Ziele werden insgesamt 26 Vorhaben bzw. Projekte vereinbart. Zudem sollen die Haushalte 2017/2018 und 2019/2020 gemeinsam beschlossen werden.

Ein zentrales Projekt ist der Bau von 2.500 Wohnungen bis 2019 und der Abschluss des bereits eingeleiteten Gründungsprozesses der Wohnungsbaugesellschaft noch im Jahr 2016. Darüber hinaus sollen die Voraussetzungen dafür schaffen werden, dass bis zum Jahr 2025 mindestens 8.000 neue Wohnungen in städtischer Verantwortung gebaut werden können. Weiterhin soll die endgültige Entscheidung für eine stadtteilverträgliche Erneuerung der Königsbrücker Straße noch im Jahr 2016 herbeigeführt werden.



Foto: Barbara Schmidt

Dem Neubau und der Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen soll weiterhin höchste Priorität zukommen, um den wachsenden Bedarf zu decken und mittelfristigen Sanierungsstau aufzulösen. Dazu werden u. a. mindestens zehn Schulen an eine städtische Gesellschaft übertragen, als Modell beginnend mit drei Schulen im Jahr 2016, um sie baulich und energetisch sanieren zu lassen. Weiter soll die Bewerbung Dresdens als "Europäische Kulturhauptstadt" vorangetrieben werden. Zudem sollen das Gewerbeflächenkonzept weiter entwickelt und

neue Gewerbeflächen erschlossen werden, um vorhandene Potentiale für Gewerbeansiedlungen zu nutzen.

**Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, André Schollbach:**

„Wir sind auf einem guten Weg und haben bereits manches geschafft. Aber wir müssen weiter hart arbeiten und noch besser werden, um alle unsere Ziele zu erreichen. Wir wollen Dresden gestalten und die vorhandenen Probleme lösen. Unsere Stadt soll sozialer und gerechter werden.“

**Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Christiane Filius-Jehne:**

„Ich freue mich, dass wir nun nach intensiven Verhandlungen viele wichtige Projekte beschlossen haben, die Dresden in den nächsten Jahren voranbringen werden. Wir möchten eine moderne, ökologische Stadt gestalten, eine Stadt, die ein Zuhause ist und eine Zukunft bietet für alle Menschen, die hier wohnen.“

**Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Christian Avenarius:**

„Wir sind unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht geworden, eine stabile Basis zu schaffen, auf der die Zukunftsfragen der Stadt vernünftig angegangen werden können. Letztendlich gemessen werden wir an der Lösung der Wohnungsprobleme.“

**Dazu erklärt Stadtrat Dr. Martin Schulte-Wissermann (PIRATEN):**

„Jetzt steht der Kurs bis 2019. Wir sind froh, Teil dieses Prozess zu sein, und bleiben weiterhin das Salz in der Stadtratssuppe.“